

Antrag Nr. 14-F-33-0091

CDU/SPD

Betreff:

Fahr-Vermittlungsdienste in Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 22.7.2014 -

Antragstext:

Fahrvermittlungsdienste wie „WunderCar“ oder „Uber“ erfreuen sich sowohl weltweit als auch in Deutschland (zum Beispiel in Berlin, Hamburg oder Frankfurt) wachsender Beliebtheit. Allerdings bestehen in diesem neuen Mobilitäts-Geschäftsfeld noch einige rechtliche Unklarheiten und Unsicherheiten. Nach Medienberichten hat nun das spanische Verkehrsministerium gefordert, dass die EU eine einheitliche Regelung für Fahrdienste aufstellen soll.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, wie sich die aktuelle Situation bei Anbietern und Nutzern von privaten Fahr-Vermittlungsdiensten in Wiesbaden bzw. der Rhein-Main-Region derzeit darstellt und wie er die Einführung von privaten Fahrvermittlungsdiensten einschätzt;
2. dem Ausschuss aktuelle Informationen über entsprechende rechtliche Regelungen seitens der Europäischen Union zukommen zu lassen sowie entsprechende rechtliche Konsequenzen für die Personenbeförderung zu bewerten;
3. in Erfahrung zu bringen, ob es seitens des Bundesverkehrsministeriums oder der Europäischen Union Förderprogramme zum Ausbau solcher Dienste gibt.

Wiesbaden, 01.09.2014

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender
(CDU-Fraktion)

Dr. Vera Gretz-Roth
Planungspolitische Sprecherin
(SPD-Fraktion)

Dr. Sven-Uwe Schmitz
Fraktionsgeschäftsführer

Sven Bingel
Fraktionsreferent